

Für ein solidarisches Miteinander im Frankfurter Bahnhofsviertel!

Als Anwohner*innen bekommen wir täglich mit, wie massiver gegen Drogen konsumierende und wohnsitzlose Menschen auf den Plätzen und Straßen vor unserer Haustür vorgegangen wird. In einer gemeinsamen Aktion sollen Polizist*innen und Sozialarbeiter*innen im Dienste des städtischen Drogenreferats die Straßen säubern und die Bürgersteige leeren.

Nötig sei das geworden, so heißt es, weil die Drogenkonsumierenden immer mehr würden und die Aggressivität steige. Die Verantwortlichen für die Kampagne betonen, es gehe um das „Miteinander“ im Bahnhofsviertel, der Frankfurter Weg im Umgang mit Drogenkonsument*innen würde nicht angetastet.

Beobachten lässt sich etwas anderes: **Das Vorgehen der Polizei und Sozialarbeiter*innen hat zum Ziel, dass Menschen, die keinen anderen Ort haben als die Straße, verschwinden.** Es geht nicht um ein Miteinander, sondern um Verdrängung. Damit wird eine Politik fortgesetzt, die erst die Voraussetzungen für die jetzige Situation geschaffen hat:

Das Bahnhofsviertel wurde in den letzten Jahren rasant aufgewertet. Durch Sanierungen in hochpreisige Wohnungen verändert sich die Zusammensetzung des Viertels, der Druck auf sozial Schwache steigt. Im Zuge dieser Aufwertung wurden Drogenkonsumierende und Wohnungslose, die auf den Straßen des Bahnhofsviertels leben, immer weiter in den Norden des Viertels gedrängt. **Die Szene ist auf immer engerem Raum zwischen Elbe-, Moselstraße und Karlsplatz konzentriert** und steht jetzt in umso krasserem Gegensatz zum Erscheinungsbild des übrigen Viertels und den Interessen der neuen Anwohner*innen, der Gastronomie und der Hotels.

Als Nachbar*innen wehren wir uns dagegen, dass die Aufwertung des Bahnhofsviertels im Interesse von Investor*innen und Eigentümer*innen auf dem Rücken der sozial Schwächsten vollzogen wird. Wenn es um echte Unterstützung für Drogenkonsumierende geht, muss über einen Ausbau der Hilfsangebote und eine Reform der Drogenpolitik nachgedacht werden, die die Menschen nicht auch noch kriminalisiert. Wenn es um echte Hilfe für Wohnungslose geht, müssen mehr Ressourcen dieser reichen Stadt in die Schaffung und den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum gesteckt werden.

Kundgebung, Redebeiträge, Gespräche, Austausch:

Freitag, 14-17 Uhr, Karlsplatz (Bahnhofsviertel)